

Reden wir über Konsum

In Kürze

- Über 1000 BürgerInnen aus elf europäischen Ländern diskutieren über Konsumpolitik im Rahmen eines standardisierten Beteiligungsverfahrens.
- Die BürgerInnen fordern umweltfreundliche, sozialverträgliche und leistbare Produkte und Dienstleistungen.
- Die Politik sollte aus Sicht der BürgerInnen ambitionierte Ziele verfolgen, um umweltbewussten und sozialverträglichen Konsum in Europa zu fördern.

Worum geht es?

Unsere derzeitigen Konsummuster setzen die Gesellschaft und die Umwelt unter zunehmenden Druck: Ressourcen- und Energieknappheit, menschengemachte Klimaerwärmung oder ausbeuterische Arbeitsbedingungen sind nur einige der gravierendsten Probleme. Die daraus resultierenden Herausforderungen für Umwelt und Gesellschaft bedrohen das Wohlergehen der Menschheit.

In den letzten Jahrzehnten ist der Haushaltskonsum stetig gestiegen: Der Pro-Kopf-Energieverbrauch erhöhte sich in den letzten 25 Jahren um 30%. ÖsterreicherInnen besitzen zudem durchschnittlich mehr Autos als die Autonation Deutschland. Der Lebensmittelverbrauch hat in der letzten Dekade ebenso zugenommen. Diesen Trends steht zugleich eine zunehmende Sensibilisierung von BürgerInnen in Bezug auf Nachhaltigkeit gegenüber. So steigen beispielsweise die Absatzzahlen für Bio-Produkte seit Langem.

Was genau bedeutet nachhaltiger, also umwelt- und sozialverträglicher Konsum, und wie erreichen wir ihn? Ein wesentlicher Aspekt auf Seite der Umweltverträglichkeit besteht in

der Minimierung des Ressourceneinsatzes. Damit einhergehend soll der Schadstoffeinsatz und das Abfallaufkommen durch vermehrtes Wiederverwerten und Wiederverwenden minimiert werden. Die Sozialverträglichkeit fängt bei der Gewinnung von einzelnen Rohstoffen an, zieht sich über den Handel und endet letztlich in der Entsorgung. Abbau und Entsorgung geschehen hier meist in Ländern mit widrigen Arbeitsbedingungen und Umweltauflagen. Konfliktminerale, also Minerale, deren Abbau Kriege finanziert und somit zur politischen Destabilisierung von Regionen führen (Bsp. Coltan), sind ein typisches Negativbeispiel dafür. Im Sinne eines umwelt- und sozialverträglichen Konsums sollten solche Ressourcen nicht mehr genutzt werden.

Um nachhaltig etwas verändern zu können, braucht es umfangreiche Veränderungen. Einerseits sind Änderungen in der Produktion notwendig, andererseits tragen auch KonsumentInnen selbst Verantwortung für ihr Konsumverhalten. Sie können über ihre Nachfrage Veränderungen beim Angebot erzeugen und sind daher ein wichtiger Akteur, wenn es darum geht, die vorherrschenden Konsummuster zu ändern. Ihr Alltagswissen, ist eine wertvolle Ressource um Möglichkeiten, aber auch Grenzen für politische Maßnahmen zu identifizieren. Ein BürgerInnenforum mit mehr als 1000 TeilnehmerInnen aus elf EU-Ländern machte dieses Wissen sichtbar und nutzbar.



Europäische BürgerInnen diskutieren über umweltbewussten und sozialverträglichen Konsum

Die TeilnehmerInnen diskutierten den Handlungsbedarf im konfliktbehafteten Feld Konsum & Nachhaltigkeit und die Vertretbarkeit unterschiedlicher politischer Maßnahmen. Vor dem Forum erhielten alle TeilnehmerInnen eine Informationsbroschüre. Darin wurde ein breiter Überblick über die Konsequenzen des Konsums und mögliche politische Instrumente zur Steuerung gegeben. In Österreich nahmen 104 Personen am Forum teil. Sie wurden nach demographischen Kriterien ausgewählt, um eine hohe Vielfalt zu garantieren.

Eckdaten

Projekttitle:	Europäische Perspektiven auf Nachhaltigkeit und Konsum
Projektteam:	Sotoudeh, M., Capari, L.
Laufzeit:	04/2011 – 03/2015
Auftraggeber:	EU/FP7
Website:	citizenconsultation.pacitaproject.eu

Wesentliche Ergebnisse

Hervorzuheben ist die hohe Bereitschaft der BürgerInnen in allen elf Ländern, den privaten Konsum freiwillig zu reduzieren. Dennoch gibt es trotz dieser Bereitschaft Barrieren, die das nicht erlauben. Diese Kluft zwischen persönlicher Einstellung und der tatsächlichen Handlung können jedoch geeignete Maßnahmen überbrücken.

Mehr als die Hälfte der BürgerInnen verlangen mehr Investitionen in das öffentliche Mobilitätsangebot, damit private Transportmittel weniger genutzt werden. Darüber hinaus bevorzugen BürgerInnen nachdrücklich steuerliche Anreize für Alternativen zum individuellen PKW-Verkehr. Handlungsbedarf gibt es auch betreffend der Haltbarkeit bzw. der gesetzlich vorgeschriebenen Garantiezeit von Produkten. Die TeilnehmerInnen waren Großteils der Meinung, dass die gesetzlichen Garantiezeiten zu kurz sind. Diese Ergebnisse bestärken den momentanen EU-Kurs, den europäischen Wirtschaftsraum in eine Kreislaufwirtschaft umzuwandeln. Eine Kreislaufwirtschaft ist dadurch gekennzeichnet, dass sie aufgrund der hohen Wiederverwertungsrate (nahezu) keinen Abfall produziert.



Viele BürgerInnen stimmen für den bedingungslosen Umbau in eine abfallfreie Wirtschaft

Besonders junge BürgerInnen sehen eine Notwendigkeit darin, in Zukunft Abfall zu reduzieren – besonders aufgrund der Tatsache, dass Europa zunehmend mehr Abfall produziert und der Großteil in nicht-OECD Länder exportiert wird. Dies ist ein eindeutiger Indikator für steigende Sensibilität und Bewusstsein für wachsende Müllmengen in der heutigen Gesellschaft.

Die Ergebnisse des BürgerInnenforums wurden im Rahmen einer eigenen Konferenz in Brüssel VertreterInnen des europäischen Parlaments, der europäischen Kommission sowie der Industrie, des Handels und Umweltschutzorganisationen präsentiert. Diese AdressatInnen waren sich darüber einig, dass die Ergebnisse des Forums einen wertvollen Beitrag für die aktuell laufenden Gespräche leisten, Europas Wirtschaft in eine Kreislaufwirtschaft zu verwandeln.

Was tun?

Informierte BürgerInnen stellten konkrete Forderungen und formulierten aus ihrer Sicht Empfehlungen, um umweltbewussten und sozialverträglichen Konsum zu forcieren:

- **Leistbarer umweltbewusster und sozialverträglicher Konsum:** Dazu gehört nicht nur die Herstellung leistbarer Produkte, sondern auch höhere Steuern auf Produkte mit einem negativen Einfluss auf die Umwelt und die Gesellschaft.
- **Längere Lebensdauer für Produkte:** Fast drei Viertel der BürgerInnen waren der Meinung, dass die EU verbindliche Garantiezeiten verlängern und höhere Produktionsstandards durchsetzen soll, so dass Produkte langlebiger werden. Außerdem soll es möglich sein und sich auszahlen, ein Produkt reparieren zu lassen.
- **Bessere ökoefiziente Alternativen zum konventionellen Kraftfahrzeugverkehr:** Um individuellen PKW-Verkehr zu minimieren, sind nicht nur alternative Nutzungsformen erforderlich, sondern auch das öffentliche Verkehrssystem muss verbessert werden. BürgerInnen plädieren auch für höhere Steuern auf Fahrzeuge, die eine schlechtere Ökoeffizienz aufweisen.

Zum Weiterlesen

Jørgensen, M.-L., Lindegaard Juul, K. (2015), Europe Wide Views on Sustainable Consumption: From European Citizens to Policy Makers, Policy Report epub.oeaw.ac.at/ita/PACITA/pacita-citizen-consultation-policy-report.pdf

Kontakt

Leo Capari

E-mail: tamail@oeaw.ac.at

Phone: +43(1)51581-6582

